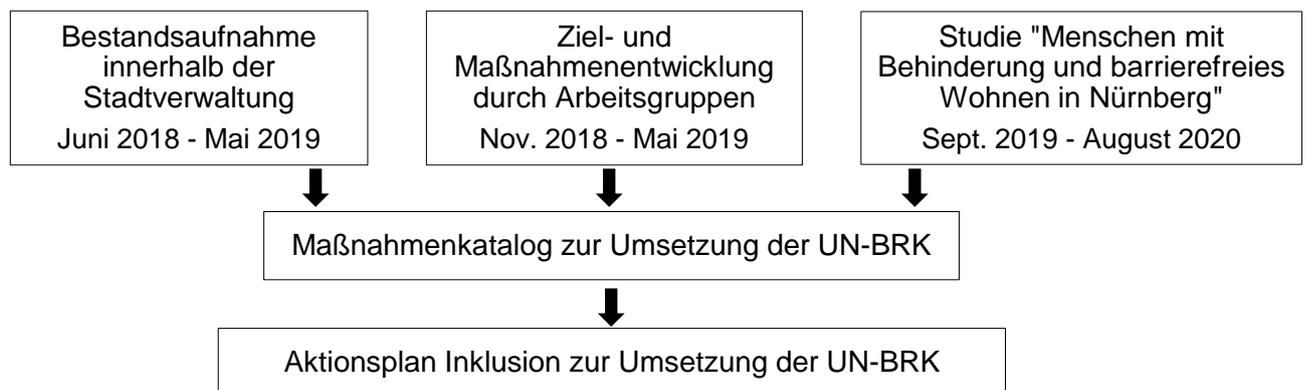


Sachverhalt

Bericht über die Ergebnisse der Studie Menschen mit Behinderung in Nürnberg und barrierefreies Wohnen

1. Hintergrund

Die Ausführungen nehmen Bezug auf den Bericht im Sozialausschuss vom 10.10.2019 zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Die zentralen Ergebnisse der "Inklusionsstudie" ergänzen dabei die bereits bestehenden Bausteine "Bestandsaufnahme innerhalb der Stadtverwaltung" und "Ziel- und Maßnahmenentwicklung durch Arbeitsgruppen" um Ergebnisse zur Teilhabesituation von Menschen mit Behinderung in Nürnberg sowie um Aussagen zum barrierefreien Wohnen in Nürnberg. Die drei Bausteine des (Beteiligungs-)Prozesses zur Umsetzung der UN-BRK in Nürnberg bilden die Grundlage für den Aktionsplan Inklusion:



2. Zur Studie

- Die Studie „Menschen mit Behinderung und barrierefreies Wohnen in Nürnberg“ wurde vom Amt für Existenzsicherung und soziale Integration - Sozialamt nach Ausschreibung an das Institut für empirische Soziologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg vergeben.
- Auftakt des Forschungsprojekts war im September 2019. Das Vorhaben erstreckte sich auf 12 Monate und wurde in Kooperation mit dem Institut für Sozialforschung und Kommunikation (SOKO) in Bielefeld umgesetzt.
- Ziel der Studie war es einerseits, einen differenzierten Überblick über die Teilhabesituation von Menschen mit Behinderung in Nürnberg zu gewinnen. Andererseits sollte die barrierefreie Wohnraumsituation in Nürnberg abgebildet werden.
- Die Studie selbst sowie eine Zusammenfassung der zentralen Inhalte der Studie sind online verfügbar. Gleiches gilt für die Zusammenfassung der Studienergebnisse in Leichter Sprache: <https://www.nuernberg.de/internet/sozialamt/inklusionsstudienuernberg.html>

3. Ergebnisse der Studie

- Für die Studie wurde zum einen bestehendes Datenmaterial ausgewertet: Beispielsweise erfolgten Literatur- und Dokumentenanalysen von Fachveröffentlichungen, Rechtsdokumenten und Verwaltungsunterlagen. Zudem wurde eine Sekundäranalyse von amtlichen Statistiken über Menschen mit Behinderung und barrierefreies Wohnen durchgeführt.
- Zusätzlich wurden 5.000 Nürnberger Haushalte, in denen teilweise Menschen mit Behinderung leben, per Fragebogen in einer repräsentativen Stichprobe ausgewählt und befragt. Diese Angaben wurden ergänzt um Interviews mit Menschen mit Behinderung in Nürnberg.
- In 2019 lebten mehr als 91.000 Menschen mit einer amtlich anerkannten Behinderung in Nürnberg. Davon waren 71% schwerbehindert (ab einem Grad der Behinderung von 50).
- Frauen sind mit 53% etwas öfter als Männer von Behinderung bedroht oder betroffen; Ältere haben öfter eine Behinderung und 84% der Menschen erwerben ihre Behinderung im Erwachsenenalter. Die Haushaltsbefragung ergab, dass in 30% der Nürnberger Haushalte mindestens eine Person mit Behinderung lebt. Am häufigsten sind chronische Erkrankungen (56%) und Körperbehinderungen (50%). 39% der Befragten sind mehrfachbehindert.
- Um die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung zu steigern, nannten die Interviewten unter anderem Bedarfe in den Bereichen Kommunikation (z.B. Gebärdensprachdolmetscherdienste bei Amtsgängen), Information (z.B. Zuständigkeiten verdeutlichen), bauliche Barrierefreiheit (z.B. Zugangsmöglichkeiten zu Gebäuden) und technische Ausstattung (z.B. akustische Warnsignale für mehr Sicherheit für Sehbehinderte).
- Die Teilhabechancen dreier Personengruppen wurden detaillierter untersucht, da zu diesen bisher keine Forschungsergebnisse vorlagen und so kaum Aussagen möglich waren:
 - Jüngere Pflegebedürftige unter 65 Jahren sind durch ihre oft schweren (körperlichen) Beeinträchtigungen v.a. im öffentlichen Raum in ihrer Teilhabe beschränkt.
 - Kinder und Jugendliche mit Behinderung mit physischen, psychischen, geistigen Behinderungen und chronischen Erkrankungen sind auf individuelle Unterstützungsbedarfe angewiesen. Dabei ist die Beantragung von Hilfen kompliziert und die Wohnsituation oft nicht optimal. Zudem übernehmen Eltern sehr oft viele Pflegeaufgaben selbst.
 - Behinderte Menschen mit Migrationshintergrund sind vor allem in den Bereichen Arbeit und Bildung stark eingeschränkt, da sie wenig über bestehende Leistungen und Angebote wissen. Zudem stellt die Sprache eine Barriere dar.
- Die Anzahl barrierefreier Wohnungen in Nürnberg war unbekannt, da die meisten Wohnungen in Privatbesitz liegen und somit keine Meldepflicht für Barrierefreiheit greift. Die Haushaltsbefragung ergab, dass 25% der Befragten die Wohnung oder das Wohnhaus als eher oder vollständig barrierefrei bewerten. 20% der Befragten schätzen die Wohnung oder das Wohnhaus als eher oder vollständig rollstuhlgerecht ein. Die Erhebung ergab zudem, dass barrierefreier Wohnraum öfter in neuen Häusern zu finden sind.
- Die Einschränkungen beim barrierefreien Bauen (z.B. kein Platz für Neubauten, kostenintensive Umbauten, Einhaltung des Denkmalschutzes und Rückbaupflicht bei Auszug) und barrierefreien

Wohnen (z.B. kostenintensive Nachrüstung von Aufzügen, Ausstattung der Sanitäreinrichtungen, mangelnde Breite von Gängen und Türen) stehen dem Wunsch entgegen, mehr barrierefreien Wohnraum zur Verfügung zu haben.

- Weniger Vorgaben und eine bessere finanzielle Förderung beim Umbau, mehr Unterstützung und Information bei der Antragsstellung, sowie einen höheren Anteil an barrierefreien Wohnungen bei Neubauten entschärfen die Wohnsituation nach Angaben der Befragten. Zentral ist zudem neben einer verbesserten Erreichbarkeit der Betroffenen bei verfügbarem barrierefreiem Wohnraum, dass der zur Verfügung stehende barrierefreie Wohnraum – auch für Menschen mit geringerem Einkommen – bezahlbar bleibt.

4. Ausblick

- Die Ergebnisse der Studie werden im Rahmen einer Online-Veranstaltung am Dienstag, 4.5.2021 ab 13 Uhr der (Fach-)Öffentlichkeit präsentiert.
- Die Studienergebnisse ergänzen eine umfangreiche Sammlung vorgeschlagener Maßnahmen, die die Ausgangsbasis für die Erstellung des Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK bildet. Geplant ist, in der Sozialausschusssitzung im Juli 2021 einen Zwischenbericht zu den bisherigen Schritten des Arbeitsprozesses der Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung vorzulegen. Der Aktionsplan selbst soll dem Stadtrat Ende 2021 zum Beschluss vorgelegt werden.

Nürnberg, März 2021
Amt für Existenzsicherung und
soziale Integration - Sozialamt